



Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste halbe Seite 20 Pfg. ...

Donnerstag den 19. Juni 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellgeld M. 2,85 vierteljährlich, Postbezugspreis ...

Zur Entente-Antwort.

Der Schluß der Mantelnote.

Das von den a. und a. Mächten vorgeschlagene Regime für das Gebiet des Saarbeckens soll 15 Jahre dauern. Diese Anordnung wurde als notwendig erachtet, als Teil des allgemeinen Wiedergutmachungsplanes, zugleich als sofortige und sichere Kompensation, die Frankreich für die systematische Zerstörung seiner Kohlengruben zuerkannt wurde.

Dieses Gebiet gelangt nicht unter französische Herrschaft, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes. Diese Lösung hat den Vorteil, keinerlei Annexion in sich zu schließen, trotzdem Frankreich das Eigentumsrecht an den Gruben zuerkannt wird. Außerdem hält sie die wirtschaftliche Einheit des Saarbeckens aufrecht, welche für die Interessen der Einwohner wesentlich ist. Nach Verlauf von 15 Jahren wird die Bevölkerung, welche in der Zwischenzeit unter der Überwachung und Regierung der Gesellschaft der Nationen die Kontrolle über ihre örtlichen Angelegenheiten ausgeübt hat, volle Freiheit besitzen, um zu entscheiden, ob sie Vereinigung mit Deutschland, Vereinigung mit Frankreich oder Fortsetzung des im Vertrage vorgesehenen Regimes wünscht.

Die Gebiete, welche man von Deutschland an Dänemark und an Belgien zu übertragen beabsichtigt, wurden teilweise gewaltsam von Preußen genommen und einverleibt. Die Übertragung wird erfolgen, wenn sie das Ergebnis eines Entschlusses der Einwohner sein wird. Dieser Entschluß wird mit solchen Vorkehrungen getroffen, daß die Freiheit der Abstimmung vollständig sein wird. Ebnlich sind die a. und a. Mächte der Ansicht, daß die Eingeborenen der deutschen Kolonien sich lebhaft dem Gedanken widersetzen, unter deutsche Oberherrschaft zurückzufallen. Die Traditionen deutscher Verwaltung, die deutschen Regierungsmethoden, sowie der Gebrauch, der von den Kolonien gemacht wurde, um sie als Basis zu gebrauchen, von wo man glaubte, sich auf den Weltmarkt stützen zu können, machen es den a. u. a. Mächten unmöglich, diese Kolonien Deutschland zurückzugeben, noch ihm die Verantwortung anzuvertrauen, ihre Bewohner zu erziehen und zu bilden. Aus diesen Gründen sind die a. und a. Mächte nicht gewillt, diese Vorschläge abzuändern außer in den angegebenen Punkten. Die Vorschläge betr. das internationale Regime der Flüsse bilden eine Ergänzung zum territorialen Regime. Es ist konform den Grundsätzen des Friedens, wie sie angenommen wurden, sowie mit dem in Europa in Kraft befindlichen öffentlichen Recht, daß die Binnenstaaten auf ihr Gebiet durchfließenden Flüssen Zugang zum Meere erhalten. Die a. und a. Regierungen betrachten deshalb die von ihnen vorgeschlagenen Arrangements als von grundlegender Bedeutung für die freie Entfaltung der neuen Kontinentalstaaten. Außerdem haben sie keine Verletzung der Rechte anderer Uferstaaten zur Absicht. Vorkehrungen, wie sie die Teilnahme der Vertreter von Nichtuferstaaten in den Flüßkommissionen vorsehen, bilden eine Gewähr dafür, daß die allgemeinen Interessen in Betracht gezogen werden. Doch sind in der Ausführung dieser Bestimmungen einige Änderungen an den ursprünglichen Vorschlägen zugebilligt worden. Es hat den Anschein, daß die deutsche Delegation den Sinn der wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen in erheblichem Maße mißachtet hat. Es besteht bei den a. und a. Mächten in keiner Weise die Absicht, Deutschland zu erdrücken und es zu verhindern, im internationalen Handel die Stellung einzunehmen, die ihm zukommt, vorausgesetzt, daß es die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt und vorausgesetzt ebenfalls, daß es seine Methoden des Anzeigens und Ansehens aufgibt, die seine geschäftlichen Methoden, wie seine politischen Methoden charakterisieren. Es ist die Absicht der a. und a. Mächte, daß Deutschland eine gleichmäßige Behandlung genieße in Bezug auf den Einkauf von Rohmaterialien und den Verkauf von Waren unter dem Vorbehalt der zeitlich bereits eingeleiteten Maßnahmen, die im Interesse der durch Deutschlands Taten geschädigten und geschwächten Nationen ergriffen werden sind.

Die a. und a. Mächte wünschen, daß die durch den Krieg aufgepeinigten Leidenschaften so bald als möglich erlöschen und daß alle Nationen an dem Wohlergehen teilnehmen, das aus einem Frieden hervorgeht, wo jeder ehrlich den Forderungen der anderen nachkommt. Sie wünschen, daß Deutschland wie alle anderen Nationen sich dieses Wohlstandes erfreue. Aber auf viele Jahre hinaus wird noch ein beträchtlicher Teil dieses Wohlstandes dazu dienen müssen, bei den Nachbarn die Schäden wieder auszubessern, welche Deutschland verschuldete. Um ihre Ab-

sichten klar zu gestalten, haben die a. und a. Mächte einen gewissen Teil der finanziellen und wirtschaftlichen Klauseln des Vertrages abgeändert, aber die Grundsätze, auf denen der Vertrag beruht, sind unantastbar. Die Vorschläge der a. und a. Mächte bezüglich der Wiedergutmachung umfassen keinesfalls seitens der Kommission des Reparations eine Einmischung in das innere Leben Deutschlands, wie die deutsche Delegation behauptet. Sie bezwecken lediglich, beiden Parteien die Bezahlung der Wiedergutmachung möglichst zu erleichtern. So müssen sie ausgelegt werden. Infolgedessen sind die a. und a. Mächte nicht gewillt, sie abzuändern, aber gleich der deutschen Delegation erkennen sie die Vorteile an, die daraus erwachsen, wenn man so schnell wie möglich den Betrag kennen lernt, welchen Deutschland zahlen muß und die Alliierten annehmen können. Dieser Betrag kann nicht sofort festgelegt werden, da die Höhe des Schadens und die Kosten der Wiederherstellung noch nicht festgelegt werden konnten. Infolgedessen willigen die a. und a. Mächte ein, Deutschland alle notwendigen vernünftigen Erleichterungen zu gewähren, um ihm zu gestatten, sich ein Gesamtbild der Verheerungen und Schäden in der Frist von vier Monaten von der Vertragsunterzeichnung an, Vorschläge für die Zahlung des von ihm verschuldeten Schadens zu machen. Falls man im Laufe von zwei Monaten, welche der Inkraftsetzung des Vertrags folgen, zu einer Einigung gelangen kann, wird die genaue sekundäre Verantwortlichkeit Deutschlands so festgelegt werden. Falls in dieser Frist eine Einigung nicht Platz gegriffen hat, wird das im Vertrag vorgesehene Arrangement ausgeführt werden.

Die a. und a. Mächte können der Forderung der deutschen Delegation auf sofortige Zulassung Deutschlands zur Gesellschaft der Nationen nicht nachkommen. Die deutsche Revolution wurde bis zu dem letzten Augenblick des Krieges verschoben und bietet den a. und a. Mächten keinerlei Garantie, daß sie eine dauernde Änderung darstellt. Bei dem augenblicklichen Zustande des internationalen öffentlichen Gefühles kann man von den freien Nationen der Welt nicht erwarten, daß sie sich unverzüglich und auf dem Fuße der Gleichheit mit denen assoziieren, welche ihnen so großes Unrecht zugefügt haben. Jeder Versuch, dieses Ergebnis verfrühter Weise herbeizuführen, würde das Anbrechen der von allen gewünschten Bewusstheit nur verzögern, statt es zu beschleunigen. Aber die a. und a. Mächte glauben, daß wenn das deutsche Volk durch Handlungen seine Absicht, die Friedensbedingungen zu erfüllen, seine endgültige Verzichtleistung auf Angriffspolitik und seine Umwandlung in ein Volk belundet, mit welchem man auf freundschaftlichem Fuße in guter Nachbarschaft leben kann, die Erinnerungen an die letzten Jahre, sich schnell verwischen und es möglich machen werden, in nicht ferner Zukunft die Gesellschaft der Nationen zu vervollständigen, indem man Deutschland zuläßt. Die a. und a. Mächte wünschen aufrichtig, daß dem so sein möge. Sie glauben, daß die Zukunft der Welt von einem engen freundschaftlichen Zusammenwirken aller Nationen im Hinblick auf die Regelung internationaler Fragen und die Begünstigung alles dessen, was die Wohlfahrt und den Nutzen der Menschheit berührt, abhängt. Aber es wird hauptsächlich von der Haltung des deutschen Volkes selbst abhängen, den Zeitpunkt seines Eintritts in die Gesellschaft der Nationen näher zu bringen. Die a. und a. Mächte erklären, daß die Vorkade Deutschlands eine gescheitete Kriegsmaschine ist und nur infolge des verbrecherischen Charakters des von Deutschland unternommenen Krieges und der von Deutschland durchgeführten barbarischen Kriegsmethoden, jedoch stets gemäß dem internationalen Rechte verschärft werden mußte.

Schließlich erklären die a. und a. Mächte, daß ihre heute übermittelten Bedingungen ihr letztes Wort sind. Sie haben auf Grund der Prüfung der deutschen Gegenvorschläge bedeutende praktische Zugeständnisse gemacht, für die Durchführung der Macht sich jedoch in den Grundlinien des Vertrages gehalten. Der Vertrag, wie er heute aufgestellt ist, repräsentiert den aufrichtigen Versuch, eine Herrschaft des Rechtes zu errichten. Als solcher muß er im Vorklaute, wie er heute vorgelegt wird, angenommen oder verworfen werden. Infolgedessen erwarten die a. und a. Mächte von der deutschen Delegation binnen 5 Tagen vom Tage der gegenwärtigen Mitteilung ab eine Erklärung, wonach sie bereit ist, den Vertrag so wie er ist, zu unterzeichnen. Geschicht das, so werden die Vorkehrungen für die sofortige Unterzeichnung des Friedens in Versailles getroffen werden. Andersfalls stellt die gegenwärtige Mitteilung die Kündigung im Sinne des Artikels 2 des Abkommens vom 16. Febr. 1919 über die Verlängerung des Waffenstillstandes dar. Infolgedessen wird der Waffenstillstand ein Ende finden und die a. und a. Mächte werden

die Maßnahmen ergreifen, die sie für erforderlich halten, um ihre Bedingungen aufzuerlegen.

Die Grundlinien der feindlichen Antwort.

Weimar, 18. Juni. Ueber die Grundlinien der gegnerischen Antwort ist folgendes zu bemerken: An dem Völkerbundsstatus wird nichts geändert. Deutschland soll vor seiner Aufnahme in den Völkerbund erst eine Art Probezeit durchmachen und wenn es seine Vertragstreue bewährt und so Beweise für sein Wohlverhalten gegeben hat, soll nichts mehr im Wege stehen, daß es in nicht allzuferner Zeit in den Völkerbund aufgenommen wird. In Bezug auf die territorialen Fragen wird nichts verändert. In den Bestimmungen für Belgien, Luxemburg, das Saargebiet, Elsaß-Lothringen und Deutsch-Oesterreich, bezüglich Westpreußens, Danzigs und Ostpreußens wird nichts geändert; nur die Garantien für den Eisenbahndurchgangsverkehr durch Westpreußen nach Ostpreußen sind verstärkt und präziser gefaßt. Eine Grenzkorrektur zugunsten Deutschlands ist insofern zugelassen, als nicht mehr gewisse Teile Pommerns in das polnische Gebiet fallen sollen. Für Oberschlesien soll eine Volksabstimmung in einer später festzusetzenden Zeit erfolgen. Bis dahin wird das Land von alliierten Truppen besetzt werden. Falls die Abstimmung zu Ungunsten Deutschlands ausfällt, sollen gewisse Garantien für den Bezug der ober-schlesischen Kohle geschaffen werden. In Schleswig wird auf Antrag von Dänemark die dritte südliche Abstimmungszone fallen gelassen. In der Kolonialfrage wird jedes Entgegenkommen kategorisch abgelehnt. In Bezug auf den Außenhandel und die Schifffahrt sind keinerlei Konzessionen gemacht. Das gleiche gilt für die Grundlagen unserer Schadenersatzpflicht. Nur wird in dem Memorandum ausgesagt, daß Deutschland innerhalb vier Monaten nach Friedensschluß das Recht haben soll, feste Vorschläge zu machen; aber die alliierten Mächte können diese annehmen, ablehnen oder ändern. Eine neutrale Instanz über Streitpunkte wird dabei abgelehnt. Eine deutsche Kommission neben der Kommission des Reparations wird zugelassen behufs Verhandlungen mit der gegnerischen Kommission; aber bindende Entschlüsse hat allein die alliierte zu fassen. Dagegen wird festgestellt, daß die Friedensbedingungen nicht eine unmittelbare Zugangs der Kommission des Reparations in die deutsche Verwaltung bezweckt; jedoch kann die gegnerische Kommission unser Budget prüfen und Reichsausgaben freisprechen. Ausdrücklich wird erklärt, daß eine unmittelbare Einmischung in die Verhältnisse der einzelnen Fabriken nicht stattfinden wird. Unser ganzes Heeresgerät und Flottenmaterial und unsere ganze Handelsflotte wird nicht angerechnet. An den allgemeinen handelspolitischen Bestimmungen wird gleichfalls nichts geändert. Deutschland wird auch für den Fall seiner Aufnahme in den Völkerbund die allgemeine Gleichberechtigung nicht zugestanden. Das Memorandum enthält lediglich programmatische Erklärungen, daß die alliierten Mächte zu gegebener Zeit diese Fragen prüfen wollen. Neu ist ein besonderer Vertragsentwurf über die Besetzung der rheinischen Gebiete. Die Frist der Besetzung wird nicht geändert, sondern nur im einzelnen bestimmt, wie die Gebiete während der Besetzung verwaltet werden sollen. Eine Vier-Männerkommission, bestehend aus je einem Vertreter von Frankreich, Belgien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten, steht als Vertretung der gegnerischen Mächte gegenüber Deutschland an der Spitze der Zivilverwaltung. Sie hat gesetzgebende Gewalt nur für die Fragen der Unterhaltung, Sicherheit und Bedürfnisse der Besatzungstruppen. Im übrigen liegt die ganze Zivilverwaltung bei den deutschen Behörden. Es bleiben auch die deutschen Gerichte. Die deutschen Behörden unterstehen auch der deutschen Zentralverwaltung. Die gegnerischen Besatzungstruppen behalten das Recht der unmittelbaren Requisition, und zwar nach dem Grundsatz der Saager Landkriegsordnung. Das Personal des Verkehrswezens (Post, Telegraphen und Eisenbahnen) hat den Befehlen der Besatzungsarmee Folge zu leisten, soweit diese zu militärischen Zwecken erteilt werden. In den Rechtsfragen sind Zugeständnisse gemacht, die zum Teil der Bedeutung nicht entbehren. Die Liquidation des deutschen Privateigentums im feindlichen Ausland soll nur so weit Platz greifen, als sich dieses Eigentum bei Friedensschluß bereits im feindlichen Auslande befindet. Auch ist das Liquidationsverfahren in den an Polen und Dänemark abgetretenen Gebieten zugunsten der deutschen Berechtigten geändert, ferner wird die Lieberlegungsfrist, die sich die Alliierten für die Einführung des Clearingverfahrens vorbehalten haben, von sechs auf einen Monat herabgesetzt. Auch in der Behandlung des gewerblichen Schutzrechtes sind Zugeständnisse ähnlicher Art gemacht worden. In den Verkehrsfragen be-

Schränken sich die Zugeständnisse darauf, daß Deutschland in der Oberkommission statt eines Vertreters deren drei erhalten soll, daß es sich an den Beratungen der Kommission für die Ausarbeitung einer neuen Donauschiffahrtsakte beteiligen darf, jedoch ohne Stimmrecht. Bei dem Bau des Rhein-Donau-Schiffahrtsweges soll uns ferner nicht mehr einseitig vorgeschrieben werden, was wir bauen sollen. Auch ist die früher vorgesehene Möglichkeit, den Rieker Kanal einer internationalen Kommission zu unterstellen, fallen gelassen worden. Ähnlich ist die Verpflichtung Deutschlands zum Bau neuer Eisenbahnen erheblich eingeschränkt worden. Die sofortige Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen war schon zugestanden; aber unser Verlangen, auch die wegen gewisser Straftaten in Haft befindlichen Gefangenen frei zu lassen, wird abgelehnt. In den militärischen Fragen wird das Zugeständnis gemacht, daß wir zunächst 3 Monate lang 200 000 Mann behalten dürfen. Dann solle eine interalliierte Kommission zusammentreten und prüfen, was wir für die nächsten 3 Monate nötig haben und das soll bis zum Endpunkt vom 31. März 1920 fortgesetzt werden. In diesem Termin muß die Mindestgrenze von 100 000 Mann spätestens erreicht sein. Festgehalten wird daran, daß wir uns die innere Organisation und Bewaffnung unseres Heerkörpers vorschreiben lassen müssen. Es soll damit der Anfang der allgemeinen Abrüstung gemacht werden; aber irgend eine Bindung dafür, auch eine Frist für die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht in den übrigen Ländern ist nicht zugestanden worden. In Bezug auf die Aburteilung des Deutschen Kaisers und die Auslieferung der deutschen politischen und militärischen Führer wird lediglich das Zugeständnis gemacht, daß uns die Liste der Personen, die der gegnerischen Gerichtsbarkeit ausgeliefert werden sollen, innerhalb eines Monats mitgeteilt werden wird. Ueber das Arbeiterrecht wird nur gesagt, daß kein Anlaß vorliegt, die ganze Frage nochmals aufzunehmen.

Die Bestimmungen für die militärische Besetzung des Rheinlandes.

Berlin, 19. Juni. Die hauptsächlichsten Bestimmungen betreffend die militärische Besetzung der Rheinlande enthalten u. a. folgendes: Kein deutsche Truppenkörper darf das besetzte Gebiet betreten. Die Zahl der Polizeikräfte wird von den Mächten bestimmt. Es wird ein hoher interalliiertes Ausschuss errichtet, eine Zivilbehörde, die als oberster Vertreter Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Amerikas gilt. Dieser Ausschuss hat die Befugnis, für die Gewährleistung des Unterhalts, der Sicherheit und der Bedürfnisse der Streitkräfte der Mächte Bestimmungen mit Befehlsgewalt zu erlassen. Die Streitkräfte der Mächte unterstehen ausschließlich dem Kriegsrecht und den Militärgerichten der Truppen. Wer sich eines Verbrechens oder Vergehens gegen die Person oder das Eigentum von Angehörigen der Mächte schuldig macht, wird vor ein feindliches Kriegsgericht gezogen. Die deutschen Behörden sind bei Strafe der Abberufung verpflichtet, sich nach diesen Bestimmungen zu richten. Die Truppen haben das Recht der Verfolgung. Eisenbahn, Telegraphie und Post haben den Befehlen der Höchstkommandierenden zu militärischen Zwecken Folge zu leisten. Der hohe Ausschuss ist befugt, den Belagerungszustand zu verhängen, auf Grund dessen die militärischen Behörden die Exekutive erhalten.

Ungeuigkeiten im Vertrag.

Berlin, 19. Juni. Wie von zuständiger Seite verlautet, bestehen zwischen der Denkschrift und dem verbesserten Urtext des Vertrages Differenzen. Es fehlen unter den Verbesserungen gewisse Bestimmungen, die in der Denkschrift vorhanden sind, oder auf diese hinweisen. Es wird also notwendig sein, hierüber nach Versailles Rücksicht zu nehmen. Ferner wird es aus diesem Grunde erforderlich sein, in Versailles die strittige Frage zu stellen, ob die Denkschrift ein essentieller (wesentlicher, nötiger) Bestandteil des gesamten Friedensdokuments sein soll, b. h., ob die Denkschrift in ihrem gesamten Inhalt bindendes Recht sein soll für den Fall, daß eine Annahme erfolgen sollte. — Man könnte heute doch diese Fremdwörter der diplomatischen Ausdrucksweise verdeutschen, denn unter „essentiell“ können sich neun Zehntel der Leserschaft nichts vorstellen. Wir sind doch jetzt in keinem humanistischen, sondern in einem sein wollenen deutschen Volksstaat.

Die Drohungen im Falle der Nichtunterzeichnung.

Berlin, 18. Juni. Nach gleichlautenden Meldungen aus den besetzten Gebieten wurden dort Anschläge verbreitet, wonach bei Ablehnung der Unterzeichnung des Friedensvertrags und der darauf folgenden Besetzung weiterer deutscher Gebiete alle waffenfähigen Deutschen zwischen 17 und 45 Jahren interniert werden.

Die englische Flotte für den Fall der Ablehnung gerüstet.

London, 19. Juni. Reuter erzählt, das Riesenschiff „G. 34“ habe, voll ausgerüstet mit Bomben und Maschinengewehren, den Firth-of-Forth verlassen, um einen Flug über die deutsche Küste zu machen. Die britische Flotte habe für den Fall, daß Deutschland sich weigere, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ihre Befehle erhalten. Sämtliche Urlaube seien aufgehoben.

Die Alliierten beharren auf dem Hegenprozeß.

Amsterdam, 18. Juni. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus Paris, es bestehe kein Zweifel darüber, daß die alliierten Mächte, sowie der Friedensvertrag unterzeichnet sei, von den Niederlanden die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers verlangen würden, um ihn den Friedensbedingungen gemäß vor ein Gericht zu stellen. — Ob sich die Franzosen noch der Verurteilung der Jungfrau von Orleans erinnern und der Verbannung Napoleons, zwecks Befriedigung des Rachegefühls Englands?!

Die Friedensabordnung in Weimar.

Weimar, 18. Juni. Die Friedensdelegation ist heute morgen um 6 Uhr mit mehrstündiger Verspätung eingetroffen. Seit 10 Uhr findet eine Kabinettsitzung statt.

Berlin, 19. Juni. Das Kabinett ist in Weimar um 4 Uhr zusammengetreten und hat bis in die Nacht hinein getagt. Heute findet eine gemeinsame Sitzung des Kabinetts mit der Friedensdelegation statt.

Amiliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Nach einem Erlaß des Kriegsministeriums ist den vor dem 9. November 1918 entlassenen Kriegsbeschädigten eine einmalige Zuwendung von 50 Mark bewilligt und vom Bezirks-Kommando zu zahlen.

Unter „Kriegsbeschädigten“ sind hier die Militärpersonen vom Feldwebel abwärts zu verstehen, denen auf Grund einer während des Krieges erlittenen Gesundheitsstörung — ohne Rücksicht darauf, ob diese als Dienstbeschädigung oder Kriegsdienstbeschädigung anerkannt worden ist — Versorgungsgebühre bewilligt worden sind.

Alle die in Betracht kommenden Personen wollen ihre Militärpapiere mit Penfions-Datierungsbuch und entsprechendem Anschriften dem Bezirks-Kommando einreichen.

Bezirkskommando Calw.

Die „Vossische Zeitung“ meldet u. a., daß die deutsche Delegation auf der Rückfahrt von Versailles ein Gutachten ausgearbeitet habe, das der heutigen Sitzung des Reichskabinetts vorgelegt wurde. Das Kabinett werde am Nachmittag zu der Ententeentschrift Stellung nehmen. Ein besonderes Gutachten der wirtschaftlichen Sachverständigen, die der Delegation beigegeben waren, komme gleichfalls zu dem Schlusse, daß Deutschland den Vertrag in seiner jetzigen Form nicht unterzeichnen könne.

Die Haltung der deutschen Volkspartei zum Friedensvertrag.

Weimar, 18. Juni. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ teilt mit, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei einmütig beschlossen habe, den Friedensvertrag auch in seiner heutigen Gestalt in voller Uebereinstimmung mit der bisher in der Friedensfrage angenommenen Haltung abzulehnen.

Der Siegerton der französischen Hezypresse.

Versailles, 19. Juni. Die inspirierten Morgenblätter vom 17. legen ganz besonderen Nachdruck auf den Ton der Mantelnote und versichern, die Zugeständnisse seien nur unwesentlich. „Petit Parisien“ betont, die Zugeständnisse ständen keineswegs im Widerspruch mit den früheren Erklärungen, wonach nur praktische Anregungen von deutscher Seite zulässig seien. „Erechos“ erklärt, bis auf geringfügige Veränderungen blieben die Friedenspräliminarien völlig intakt. „Figaro“ sagt, es seien zwar einige Zugeständnisse gemacht worden, doch berührten sie keineswegs das Recht von Garantien und Wiedergutmachungen, aus dem der besiegte Feind trotz seiner Verschlagenheit nicht werde einschließen können. „Avenir“ schreibt, der Ton Clemenceaus werde dem Gegner den Eindruck rauben, als hätten die Verbündeten aus Not Zugeständnisse gemacht. Die radikalistische „Action Francaise“ schreibt, daß die Antwort des Rates der Vier im letzten Nächerton gehalten sei.

Schwedische Stimmen zur Ententeantwort.

Stockholm, 17. Juni. Die Stockholmer Abendblätter bezeichnen die Antwort der Entente auf den deutschen Gegenvorschlag als Urteilspruch und wenden sich teilweise mit großer Schärfe dagegen. So führt „Nya Dagligt Allehanda“ aus, daß das französische Volk, das einst für die Freiheit gekämpft habe, nun aus einem Paradiesvogel ein Galgenvogel geworden sei. Im Anschluß hieran schreibt das Blatt, das Bezeichnende für die Haltung der Entente ist in der Erklärung gegeben, in welcher das deutsche Volk verbredlicherisch genannt wird, weil es gegen seine gesetzliche Regierung loyal war. Hat man jemals etwas Ähnliches gehört? Das Gehirn weigert sich, zu glauben, daß so jene Männer argumentieren können, die vor Gegenwart und Nachwelt für die weltgeschichtlichen Geschehnisse verantwortlich sind, Männer, welche feierlich das Versprechen gegeben hatten, daß sie gerecht, hochherzig und edel handeln wollen. — „Aftonbladet“ erblickt in der Antwort den Beweis dafür, daß die Entente das deutsche Volk auf jeden Fall lähmen und versklaven wolle. Deutschland werde durch eine militärische Entwaffnung auf die Dauer kaum etwas verlieren, während die Entente nicht nur nicht gewinne, sondern im Gegenteil um die Möglichkeit komme, ihre eigenen Forderungen erfüllt zu sehen. Die Haltung des Feindes brauche also Deutschland nicht von einer entschlosseneren Ablehnung abzubringen.

Eine westschweizerische Stimme zur Ententeantwort.

Genf, 18. Juni. „Journal de Geneve“ glaubt, daß Wilson selbst Clemenceaus Begleiterscheiben zur Ententeantwort entworfen habe. Das Genfer Blatt weist auf zwei Ungeuigkeiten hin, die für die Friedensverhandlungen gefährlich werden können. Erstens habe Wilson in seiner Dezember-Botschaft 1917 erklärt, die deutsche Regierung habe dem deutschen Volk einen Verteidigungskrieg vorgegaukelt; heute mache der Präsident keinen Unterschied mehr zwischen dem Volk und seinen ehemaligen Führern. Sodann erkläre er jeden einzelnen Deutschen für mitschuldig an dem Blutvergießen. „Journal de Geneve“ erklärt es demgegenüber für eine historische Tatsache, daß das ganze deutsche Volk sich im Juli 1914 von Anstand angegriffen und von Frankreich bedroht geglaubt habe. 2. Hinsichtlich der Gerechtigkeit erinnert das Blatt an die Dezemberbotschaft Wilsons, in der er ausdrücklich hervorgehoben habe, daß von Befriedigung egoistischer Ansprüche zugunsten der Sieger keine Rede sein könne. Das Blatt findet diese Basis in dem heute vorgeschlagenen Frieden nicht wieder. Man könne das deutsche Volk nicht zwingen, einen solchen Frieden in sieben Tagen aus innerer Ueberzeugung zu unterzeichnen und werde ihn nur unter Gewaltandrohung aufzwingen können. Auch wenn Deutschland unterzeichne, werde dieser Frieden kein Weltfrieden sein.

Zur Lage.

* In den nächsten Tagen wird die Reichsregierung zusammen mit den Parteiführern der Nationalversammlung und der Friedensabordnung darüber beraten, was auf den endgültigen Friedensentwurf der Entente zu antworten ist. Der revidierte Vertragsentwurf enthält wohl einige Veränderungen, aber die grundsätzlichen Bestimmungen, die Deutschland als Staat militärisch, politisch und wirtschaftlich versklaven, bleiben bestehen, abgesehen von der Abtrennung von lebenswichtigen deutschen Gebieten wie Elsaß-Lothringen, Posen, Danzig und Teile von Ostpreußen, sowie wahrscheinlich Oberschlesien und das Saargebiet. Auch will man uns die Entschädigungssumme nicht angeben, um jederzeit die Möglichkeit der Exproffung zu haben. Unsere Kolonien sollen wir auch nicht wieder erhalten, weil die Alliierten die Ansicht haben, die Eingeborenen wollten nicht mehr unter die Herrschaft der Deutschen zurückkehren. Damit wird erreicht, daß wir gezwungen werden, Millionen von tüchtigen deutschen Arbeitern, Technikern, Kaufleute und geistigen Arbeitern als Sklaven für das Ausland abzugeben, abgesehen von den Millionen, welche uns verloren gehen werden im Laufe der Wiedergutmachungsarbeiten in Frankreich, und die dann dem menschenarmen Frankreich neue frische Säfte durch Einheirat zuführen werden. Wir haben schon anlässlich der ersten Besprechung der endgültigen Bedingungen darauf hingewiesen, daß eine Entscheidung darüber, ob wir annehmen oder ablehnen sollen, nicht so leicht ist im Hinblick auf die Folgen nach der einen oder anderen Seite. Das ist sicher, auf etwaige Hilfe von Seiten der Entente sozialisten müssen wir endgültig verzichten, das sieht man aus allen Kommentaren, die heute zu dem Heuchelbottiment von jener Seite gegeben werden. Eine moralische Geste, und die mehr oder weniger offene Aufforderung zu unterschreiben mit dem Trost auf die Zukunft. Oh, deutsche Sozialisten, oh deutsche Pazifisten, die ihr noch in den letzten Tagen euch nicht genug darin tun konntet, das eigene Nest zu beschützen durch theoretische Redehabereien, die uns schwersten Schaden zugefügt haben, und die nur einem formalistischen und Gefühlurteil standzuhalten vermögen, niemals aber einer vernunftgemäßen Verarbeitung der Tatsachen, die zum Krieg geführt haben. Wenn heute die Entente mit der widerlichen Heuchelei die Schuld Deutschlands am Kriege festzulegen versucht, so würde nur eine logische Betrachtung dieses ganze Heuchelgebäude zuschanden machen, nämlich die Frage, warum kam Rußland dazu, Seeboden zu unterstücken, warum mühte Frankreich wegen dieses Serbiens Millionen seiner Männer opfern, warum mußte England wegen Belgien (?) in den Krieg ziehen, warum Italien und Rumänien, die doch alle nicht angegriffen wurden? Als Italien und später die Balkanstaaten der Türkei zum Zweck des Raubs den Krieg erklärten, da war Deutschland der Bundesgenosse der Türken. Es hätte also eingreifen können. England hat da auch nicht eingegriffen. Als England das Burenvölk auf brutallste Weise gemaltigte, was hätten da die Herren Engländer gesagt, warum Deutschland ihnen, wie Rußland und Frankreich ihm mehrere Male nahelegten, in die Arme gefallen wäre. Wenn die deutsche Regierung damals tatsächlich nicht so friedliebend gewesen wäre, hätte man ganz Europa gegen die englische Raubgier aufbringen können, und ihm unter Mithilfe Rußlands Indien, Neuguinea und die Burenrepubliken entreißen können. Weil aber Deutschland erst im letzten Augenblick der Notwehr, — darüber gibt es für keinen vernünftigen Menschen einen Zweifel — zur Waffe gegriffen hat, deshalb müssen wir uns mit allen Mitteln gegen die Absicht der Entente wehren, durch die Ausbündung der Schuld auf unsere Schultern ihre Raubpolitik zu rechtfertigen. Und deshalb muß das deutsche Volk auch darin einig sein, daß es keinen Deutschen der Entente zur Aburteilung ausliefert. Diese teuflische Einfalt der Entente gleicht der Tendenz der Hegenprozesse des Mittelalters, in der die Beschuldigten gemartert und verbrannt wurden, nur weil gewisse Personen oder die „Staatsraison“ ein Interesse an der Durchführung solcher Unmenslichkeiten hatten. Wenn wir auch heute durch Hungerblockade und militärischen Druck zur Annahme der Bedingungen gezwungen werden, man kann einen unschuldig Verurteilten zwingen, die Konsequenzen des Urteils zu tragen, aber niemals dazu, das Urteil als zu Recht bestehend anzuerkennen. O. S.

Zur Friedensfrage.

Die Verteilung Deutschostafrikas.

Amsterdam, 18. Juni. „Telegraaf“ meldet aus Brüssel, England werde seine Zustimmung dazu erteilen, daß Belgien das Mandat über den Teil Deutsch-Ostafrikas erhalte, der an den belgischen Kongogrenze. Dieser Teil werde jedoch nicht das ganze Gebiet umfassen, das von den belgischen Truppen besetzt ist. Belgien werde den Teil der nicht an den Tanganjika grenze, an England abtreten, wodurch der Wunsch Englands nach einer Bahnverbindung Kairo—Nap und einer Verbindung zwischen Rhodesien und Uganda erfüllt werden würde. England werde Belgien für den Transitverkehr durch Britisch-Ostafrika besondere Erleichterungen geben, damit so die Ostgrenze der belgischen Kolonie eine gute Verbindung mit dem Indischen Ozean erhalte.

Die türkische Abordnung in Paris.

Paris, 17. Juni. Der oberste Rat empfing die türkischen Delegierten. Der Großvezir gab eine Erklärung, in der er die Schuld der Teilnahme der Türkei am Kriege dem Komitee für Einheit und Fortschritt zuschiebt, das gegen die Wünsche des Volkes gehandelt habe. (Wenn die Türken glauben, dadurch daß sie die Schuld des Krieges einer Partei zuschieben, werden sie bessere Bedingungen erhalten, so täuschen sie sich genau so wie unsere deutschen Ideologen.) Er protestierte im Namen des Sultans gegen die Abtretung Smyrnas an Griechenland und forderte die Unverserblichkeit des türkischen Reiches.

Versailles, 17. Juni. Der Zehnerat unter Boris Clemenceaus hat heute vormittag, wie die „Liberte“ meldet, die türkische Delegation im Ministerium des Auswärtigen zu Paris empfangen. Clemenceaus

Regierung zusammen
umlung und den
den endgültigen
Der revidierte
rungen, aber die
als Staat mili-
eiben bestehen, ab-
gen deutschen Ge-
nd Teile von Ost-
das Saargebiet.
nicht angeben, um
n. Unsere Kolo-
weil die Allierten
cht mehr unter die
wird erreicht, daß
deutschen Abwei-
tern als Kollabo-
von den Abwei-
der Wieder-
in dem menschen-
heit zu führen
Besprechung der
daß eine Entschlei-
n sollen, nicht so
inen oder andere
s sieht man aus
tinent von jener
nd die mehr oder
mit dem Trost auf
utsche Pazifisten,
genug darin tun
theoretische Rech-
t haben, und die
andzuhalten wa-
Verarbeitung der
m heute die En-
ld Deutschlands
n e logische Be-
en machen, näm-
eben zu unter-
Serbiens Willen
land wegen Bel-
und Rumänien,
talen und später
raubs den Krieg
osse der Türken
da auch nicht ein
dratstoffe. Aber
er gesagt, was
ich ihm mehrere
ann die deutsch-
nd gewesen wäre,
abgier aufbringen
ndien, Ägypten
teil aber Deutsch-
darüber gibt es
el — zur Waffe
en Mitteln gegen
rdung der Schuld
chfertigen. Und
ing sein, daß es
usliefert. Diese
ng der Gegenpro-
in gemindert und
oder die „Staats-
her Unmenschen-
ngerblockade und
ngen gezwungen
en zwingen, die
emals dazu, das
O. S.

fürte in einer kurzen Ansprache aus, der oberste Rat habe sie vor-
geladen, damit sie den Standpunkt der Türkei über die künftige
politische Organisation des Orients ihm zur Kenntnis bringen könne.
Damad Ferid Pascha antwortete, wie bereits gemeldet. Schwere
Verbrechen seien begangen worden, aber nicht alle Opfer seien Christen
gewesen. Auch die Mohammedaner hätten schwer zu leiden. Den
türkischen Delegierten wird am nächsten Sonntag Antwort erteilt wer-
den. Damad Ferid Pascha überreichte auch eine lange Denkschrift
in der der Standpunkt der osmanischen Regierung über die Zukunft
der Türkei in Konstantinopel eingehend dargelegt wird.

Die französische Außenpolitik in der Kammer.

Verailles, 18. Juni. Die Kammer hat gestern die Erörte-
rung über die Politik der französischen Regierung in Rußland
und über die Zwischenfälle in Odessa zu Ende geführt. Die
ganze Sitzung stand im Zeichen starker Erregung. Zu wieder-
holten Malen kam es geradezu zu tumultarischen Szenen. Unter-
staatssekretär Abrami mußte zugeben, daß besonders in den Stap-
pen der Orientarmee Unordnung herrsche und sehr schlecht ge-
wirtschaftet worden sei, sodas scharfe Strafmaßnahmen notwen-
dig geworden seien. Nach Abrami ergriff Pichon das Wort, um
die Orientpolitik Frankreichs klarzulegen. In Rußland verteidigte
sich die Entente gegen die Deutschen, welche die Bolschewisten be-
waffneten und gegen die Entente aufstehen. Der Tag werde
kommen, wo Rußland wieder Bundesgenosse Frankreichs sein
werde. (?) Unter dem schärfsten Protest der Sozialisten verlas
Pichon sodann das Programm Kollschals, in dessen demokratische
Gesinnung man Vertrauen haben könne und den man unter-
stützen müsse. Plötzlich erhob der Royalist Delahay die An-
schuldigung gegen die sozialistische Partei, sie habe von Deutsch-
land 80 Millionen Francs erhalten, um die gegenwärtigen großen
Streiks zu organisieren. Es sei unbegreiflich, daß die französische
Regierung, welche Beweise für diese Geldlieferung Deutsch-
lands habe, die Führer der sozialistischen Partei in Freiheit lasse.
Gachin verlangte angeführt dieser Verleumdung eine Erklärung
Pichons. Nach einigem Zögern erklärte dann Pichon, er bedaure,
daß Delahay eine solche Behauptung getan habe, für welche er er-
kenntlich Anhaltspunkte haben könne. Die französische Regierung
heißt nicht die geringsten Beweise dafür. Schließlich wurde mit
249 Stimmen für und 187 Stimmen dagegen bei 50 Stimment-
haltungen eine Tagesordnung angenommen, in welcher die Kam-
mer der Regierung ihr Vertrauen ausspricht. Der „Matin“ mel-
det aus Cherbourg, daß der Marinepräfect von Cherbourg in
einem Tagesbefehl die Matrosen der Hochseeflotte in Cherbourg
aufforderte, Plänen gewisser Matrosen nicht zu folgen und Man-
neszucht zu wahren. Man dürfe im Augenblick des Friedens-
schlusses Deutschland nicht die Gemüthung geben, daß die Einig-
keit und die Eintracht, durch welche der Sieg errungen wurde,
aufhörten.

Eine slowakische Räterepublik.

Budapest, 18. Juni. Das „Ungar. Korr.-Bureau“ meldet aus
Speres, daß dort die slowakische Räterepublik ausgerufen worden ist.
Bei dem ungarischen Rätekongreß ist eine Begrüßungsdepeche der
neuen Räterepublik eingetroffen. Die heutige Sitzung des ungarischen
Sowjetkongresses wurde vom Präsidenten unter stürmischen Beifall
mit einer Begrüßung der slowakischen Räterepublik eröffnet.

Die Kämpfe zwischen den Bolschewisten und russischen Gegenevolutionären in Nordrußland.

Amsterdam, 18. Juni. Dem Telegraaf zufolge melden
die Times aus Helsingfors, das bolschewistische Schlacht-
schiff Petro Panlow, das Schlachtschiff Republika und
drei kleine Kreuzer eröffneten vor Kronstadt heftiges Feuer
auf das Fort Krasnaja Gorka, welches in der letzten Woche
von einem nordrussischen Korps erobert worden war. Die
Nordrußen richteten hierauf ihre schwere Batterien gegen die
Schiffe der Bolschewisten und gegen Kronstadt, wo be-
trächtlicher Schaden angerichtet wurde.

Aus dem feindlichen Ausland.

Die vielgerühmte französische „Ritterlichkeit“.

Verailles, 18. Juni. Die heutigen Pariser Morgenblätter
bringen längere Schilderungen über die Zwischenfälle bei der
Abreise der deutschen Delegation. So berichten die Blätter, daß
die Automobile mit einem Hagel von Steinen, leeren Flaschen
und anderen Wurfgegenständen überschüttet worden seien. Graf
Brodorff-Kanau, dessen Kraftwagen einen anderen Weg fuhr,
sei diesen Beleidigungen entgangen. — Nach „Petit Parisien“
wurden außer den deutschen Verletzten auch 2 französische Kraft-
wagenführer durch Steinwürfe schwer verwundet. Am aller-
schlimmsten seien die Vorfälle an der Steigung von Chevreloup
gewesen. Man habe dort Steine und Balken quer über die
Straße gelegt, um die Kraftwagen zum Langsamfahren zu zwin-
gen. Soldaten mußten zur Aufrechterhaltung der Ordnung her-
angezogen werden. Sie konnten die Manifestanten zerstreuen,
die jedoch im Dunkeln der Nacht entkamen. Nach dem gleichen
Blatte hat sich die Polizei großer Fahrlässigkeit schuldig gemacht.
In Gemüthung von Gendarmen und Soldaten hätte man die
Verfallener Stadtpolizei und die Feuerwehre zur Hilfe und zur Wie-
derherstellung der Ordnung herangezogen. Gestern nachmittag
sind der Präfect des Departements Seine et Oise sowie der Oberst
Henry zu Clemenceau berufen worden. Oberst Henry konnte
ohne weiteres nachweisen, daß er mit der Polizei nichts zu tun
habe, und ihn keine Verantwortung treffe. Dagegen hätten die
Erklärungen des Präfecten wohl weniger befriedigt, so daß seine
Amtsenthebung beschlossen worden sei. Die Blätter sprechen in
kurzen Worten ihr Bedauern über die peinlichen Zwischenfälle
aus. Das ganze Land, dem ein Ruf von Ritterlichkeit (?) am
Herzen liege, werde stolz darauf sein, wie energisch Clemenceau
beizugehen beschauert habe, die an diesen abscheulichen Kund-
gebungen teilgenommen hätten. Strafmaßnahmen waren geboten
und seien auch getroffen worden. — In Deutschland wären solche
Handlungen von niedriger Gesinnung und Unbeherrschtheit un-
möglich gewesen.

Eine tendenziöse Entschuldigung.

Verailles, 17. Juni. Die Note des Vorsitzenden der Friedens-
konferenz, Clemenceau, über die Vorgänge in Versailles an den
Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Reichsminister Grafen
Brodorff-Kanau, hat folgenden Wortlaut: Paris, 17. Juni 1919
Herr Vorsitzender! Ich habe erfahren, daß im Augenblick der Ab-
reise der deutschen Delegation aus Versailles gestern abend Zusam-
menrottungen an den Türen Ihrer Residenz stattgefunden haben, und
daß dieser Lärm Zwischenfälle zur Folge gehabt hat. Ich beziehe mich,
Ihnen mein volles Bedauern wegen dieser verurteilenswerten und
den Gesetzen der Gassefreundschaft in so ärgerlicher Weise zu-
widerlaufenden Geschehnisse auszudrücken. Diese Kundgebungen
waren nur infolge der Abwesenheit einer Anzahl von Polizeibeamten,
die aus Gründen der öffentlichen Ordnung in der Umgebung von
Verailles an eine andere Stelle beordert worden waren, möglich ge-
wesen. Der Präfect des Departements Seine et Oise wird Herrn
von Hamiel seine Entschuldigungen vorbringen und wird, wie auch
der Polizeikommissar, seines Amtes enthoben werden, weil sie die
Ordnungsmassnahmen, die ihnen anbefohlen waren, nicht getroffen
hatten. Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner
ausgezeichneten Hochachtung. Sez.: Clemenceau.

Der englische Geist.

Amsterdam, 18. Juni. „Daily Herald“ meldet aus Paris,
daß die Nichtteilnahme englischer Delegierter an der in Paris
stattfindenden sozialistischen Konferenz bei den französischen, ita-
lienischen und amerikanischen Delegierten bittere Enttäuschung
erregt habe. Italiener und Franzosen scheinen, wie „Daily
Herald“ meldet, weit besser zu begreifen, als die Engländer, wie
kritisch die Lösung der augenblicklichen Lage für die gesamte
Arbeiterbewegung sei. Es herrsche die Ansicht, daß die englischen
Arbeiter ihre Genossen in den anderen Ländern fallen lassen. —
Ja, die englischen Arbeiter fühlen sich in erster Linie als Eng-
ländern und dann erst als Arbeiter. England wird jetzt die Welt
beherrschen, und da kann sich der englische Arbeiter nicht mit den
anderen Plebejern an einen Tisch setzen.

Englische Moraltheorie.

Amsterdam, 18. Juni. „Daily Herald“ vom 16. Juni mel-
det, daß an der am 16. Juni auf dem Trafalgar-Square in Lon-
don stattgefundenen Protestversammlung gegen die Dienstpflicht,
den Krieg mit den sozialistischen Republiken und den geheimen
Feldzug der Regierung gegen die Gewerkschaften Tausende von
Personen beteiligt waren. Dr. Salber hielt eine Rede gegen die
verdammenswerte Methode der Blockade und erklärte: Die Leiden
von Frauen und Kindern sind schlimmer als irgend eine Graus-
amkeit, die in irgend einem Krieg begangen wurde. Die Türken
haben ihre Feinde gleich ganz abgeschlachtet, sie jedoch nicht lang-
sam zu Tode gequält. Dies ist jedoch die Methode der jingoisti-
schen, imperialistischen Regierung.

Weigerung englischer Truppen, sich nach Indien verschiffen zu lassen.

Amsterdam, 18. Juni. „Daily Herald“ vom 16. Juni mel-
det neuerlich Weigerungen britischer Truppen, sich nach Uebersee
verschiffen zu lassen. 200 Mann des Regiments Gordon-Hoch-
länder in Aberdeen, die nach Indien transportiert werden sollten,
verließen ihre Baracken und traten mit den städtischen Behörden
von Aberdeen in Fühlung, um ihnen darzulegen, daß sie sich nur
für die Zeitdauer des Krieges verpflichtet hätten, daß daher ihre
Verschiffung nach Indien, 6 Monate nachdem die Feindselig-
keiten eingestellt worden seien, eine Nichterhaltung der Bedin-
gungen durch die Regierung, unter denen sie sich verpflichtet hät-
ten, darstelle. Ähnliche Zwischenfälle haben sich auch im Brock-
ton-Lager in der Nähe von Stafford ereignet.

Deutschland.

Die richtige Haltung der Reichsregierung.

Berlin, 18. Juni. Die Reichsregierung und die preussische
Staatsregierung haben aus Anlaß der in Erfurt am Sonntag und
Montag vorgekommenen Ereignisse einen Aufruf erlassen, in dem es
heißt: In dieser Stunde ernstester Gefahr, in der sich die gesamten
Kräfte des Volkes gegen das uns von außen drohende Unheil zu
rüsten haben, müssen alle inneren Streitpunkte zurücktreten. Reichs-
und Staatsregierung dürfen nicht dubitieren, daß diese Zeit fürchterlicher
Not ausgenützt wird, um die Hand an Betriebe zu legen, ohne deren
ordnungsgemäße, ungestörte Fortführung unser Volk nicht leben und
unsere Wirtschaft nicht wieder ausgerichtet werden kann. Das ist in
Erfurt geschehen, wo unter dem falschen, aber sehr durchsichtigen
Vorgeben einer Demokratisierung Verwaltungsbeamte und Ar-
beiter, und zwar sogar ohne zuvor mit den zuständigen Stellen zu
verhandeln und ohne die angebligen Schuldigen anzuhören, obere
Beamte der Eisenbahndirektion eigenmächtig ihres Amtes ent-
hoben und deren Stellen durch andere Personen widerrechtlich
besetzt haben. Gegen Willkürakte, wie sie in Erfurt vorgekommen
sind, entschlossen einzugreifen, ist eine Notwendigkeit, der sich beide
Regierungen nicht entziehen werden. Demgemäß sind die erforder-
lichen Maßnahmen eingeleitet. Sie werden unverzüglich zur Durch-
führung gebracht. Die Beamten und Arbeiter, die sich ihnen
nicht zukommende Ämter angemaßt haben, sind aus diesen Stellen
entfernt. Die geordnete Verwaltung ist wieder hergestellt. Beamte
und Arbeiter laßt Euch nicht durch die Redensarten weniger Draht-
zieher irreführen, die ihre politischen Ziele zwar sorgsam überhüllen,
aber doch offenkundig Euch zu ihrem eigenen Zwecke mißbrauchen.
Macht diese Anschläge zu Schanden, indem Ihr den Dienst aufrecht-
erhaltet, Eure Reihen schließt, das Reich und das Land in der Stunde
ihrer höchsten Gefährdung schützt. Was Ihr an gerechten
Beschwerden an zuständiger Stelle vorzubringen habt, sagt frei und
offen, Gerechtigkeit soll allen werden. Treue um Treue.

Ein Putschversuch in Weimar.

Weimar, 18. Juni. In der heutigen Nacht gegen 2 Uhr
besetzten sich hier etwa 60 militärische Straßengänge, darunter einige
Schwerverwundete, aus dem Gefängnis. Sie entwaffneten die ver-
schiedenen militärischen Wachen. Es kam in der Nähe des Schlosses
zu einer Schießerei, in deren Verlauf es mehrere Verwundete gab.
Die Absicht, in das Schloß einzudringen, mißlang. Ein Teil der

Ausgebrochenen wurde gefangen genommen, ein anderer Teil hat sich
heute vormittag gestellt. Vom Landesjägerkorps wurden zwei Mann,
von den Strafgefangenen vier Mann verwundet.

Berlin, 18. Juni. Die B. Z. meldet zu den Vorgängen in
Weimar ergänzend: Nach Ueberfischung der Wache im Untersuchungs-
gefängnis zogen bewaffnete Häftlinge vor das Schloß, wo sie die
ablenklich weit schwächere Wache überwältigten. Die nahe dem
Schloß gelegene Kaserne des Weimarer Infanterieregiments wurde
von den Aufreihern unter Feuer genommen. Im Moment der
größten Gefahr erhielten die Truppen des Landesjägerkorps des
Generals Maerker, welche gerade nach Erfurt verladen wurden, von
diesen Vorgängen Kenntnis. Sie rückten in die Stadt ein, bemächtigten
sich des Schlosses wieder, dessen Haupteingang ein beherzter Posten
durch eine schwere eiserne Tür verschlossen hatte, und stellten nach
wenigen Stunden die Ordnung wieder her.

Wohlthuende deutsche Gesinnung.

Wien, 17. Juni. Soldaten der Ostwehr aus allen rhein-
ischen Gaue hielten eine Protestversammlung gegen die Abtren-
nungsbestrebungen der Rheinlande vor und sandten an die Mi-
nister Noske und Scheidemann eine Entschlüsselung. In dieser
wenden sie sich mit Entrüstung gegen die Absicht der französischen
Staatsmänner, die Rheinlande mit List oder Gewalt zu einem
Vasallenstaat Frankreichs zu machen. Sie verabschauen gleicher
Weise die Bestrebungen jener Leute, die sich von dem französischen
Gaukelspiel betören lassen, und ihre rheinische Heimat aus dem
Reichskörper herauslösen wollen. Sie sind empört darüber, daß,
während sie im Osten das Deutschthum schützen, gewissenlose Ele-
mente ihre liebgewordene Heimat, die Trägerin uralter deutscher
Kultur dem deutschen Wesen entfremden wollen. Sie werden wo
sie können, diesen Bestrebungen entgegenzutreten.

Wahrung der nordischen Interessen in Deutschland.

Stockholm, 18. Juni. Laut „Svenska Handels-Tid-
ningen“ haben die Regierungen von Schweden, Norwegen
und Dänemark beschloßen, gemeinsam Schritte zu tun, um
ihre Interessen und Geldforderungen besonders in Deutsch-
land und Oesterreich zu wahren. Zu diesem Zweck soll eine
besondere Abordnung eingesetzt werden, die aus Vertretern
der drei nordischen Staaten besteht.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 19. Juni 1919.

Reserve-Sicherheits-Kompagnie Calw.

* Die Führer der hiesigen Sicherheitskompagnie rufen die
gedienten vaterlandsliebenden Kameraden auf, zum Schutz der
Heimat gegen die verbrecherischen Antriebe einer aufsehenden
Minderheit sich zum 1. Aufgebot der Reserve-Sicherheitswehr
Calw zu melden, und zwar heute Abend 8.30 Uhr im Hof des
Bezirkskommandos. Es sind Anzeichen vorhanden, daß die Spar-
takisten die schwerste Stunde des deutschen Volkes dazu benützen
wollen, um die rechtmäßigen Regierungen zu stürzen, und sich
selbst an die Spitze zu stellen. Das würde den fürchterlichsten
Bürgerkrieg bedeuten, denn es ist klar, daß sich die große Mehr-
heit des Volkes nicht einfach von fanatischen Elementen vorschrei-
ben läßt, was sie zu tun und zu lassen hat. Die Entwicklung
des staatlichen Lebens baut sich auf einem langsamen, natürlichen
Prozess auf, der durch gewaltsame Eingriffe, besonders wenn sie
völlig umfänger Natur sind, wieder zurückgeworfen werden
kann. Wir haben jetzt Männer an der Spitze, die für eine soziale
Weiterentwicklung des Staatswesens im Rahmen des Möglichen
Gewähr leisten. Unser Volk darf daher nicht auf Grund utopisti-
scher Phantasereien oder aus verbrecherischen und landesverräte-
rischen Beweggründen heraus zu Doktor Eisenbarthexperimenten
benützt werden. Wer das verhindern will, der stärke die ord-
nungsliebenden Elemente durch Beitritt zum 1. Aufgebot der
Reserve-Sicherheitskompagnie Calw.

Bezirkschulversammlung.

Im Schulbezirk Neuenbürg, zu welchem auch eine größere
Anzahl von Gemeinden des Oberamts Calw gehört, fand am
16. ds. Mts. unter dem Vorsitz von Schulrat Waumann die
jährliche Bezirkschulversammlung statt. Von der Regierung
wohnte Fräulein Dr. Bollmer, das erste weibliche Mitglied
des Kultusministeriums, den Verhandlungen bei. Erstmals waren
auch eine Reihe von Ortschulratsmitgliedern erschienen. Nach
dem Bericht des Vorsitzenden umfaßt der Schulbezirk 126 Schul-
stellen gegen 125 im Vorjahr. Außerdem befinden sich im Bezirk
drei Privatanschulen (Liedenzell, Herrenalb und Schönbürg) und
eine Reformschule in Wilbhad. Die Schülerzahl beträgt 7117,
gegen 7985 im Vorjahr. Somit ist ein Rückgang von 241 Schü-
lern zu verzeichnen. Auf 1 Lehrer kommen im Durchschnitt 61
Schüler. 4 Klassen haben noch mehr als 100 Schüler. Nach den
Erhebungen des Bezirksamts werden wir im Jahr 1925
mit Einschluß des 8. Schuljahres 30-40 Prozent weniger Schü-
ler haben als heute, ohne das 8. Schuljahr nur noch etwa die
Hälfte. Von 125 Klassen hatten während des Krieges nur 90
ihren eigenen Lehrer, 35 mußten von anderen Lehrern versehen
werden. Heute sind noch 10 Klassen ohne eigenen Lehrer. Von
den ausmarschierten Lehrern des Bezirks sind 16 gefallen, 11
schmachten noch in Gefangenschaft und 2 liegen noch schwer ver-
wundet im Lazarett.

Aus einem andern Bericht entnehmen wir noch folgendes:
Am Montag den 16. Juni fand unter dem Vorsitz des Schul-
rats Waumann in Neuenbürg die Bezirkschulversammlung
statt. Als Gäste waren u. a. anwesend Fr. Dr. Bollmer vom
Kultusministerium, der Oberamtsvorstand von Neuenbürg, Stadt-
schultheiß Knobel, die beiden Dekane, eine Anzahl Geistlicher
und Mitglieder der Ortschulräte. Ueber den äußeren Stand des
Volkschulwesens im Bezirk mag mitgeteilt werden, daß statt 125
Lehrern 90 tätig waren, und daß heute noch 10 Schulen ohne
eigenen Lehrer sind. Auffallend war die große Zahl der Krank-
heitsurlaube im letzten Jahr, es handelt sich um nicht weniger als
28 Krankheitsfälle, die Zahl der Personalveränderungen betrug
115, undesetzt wurden 13 Stellen, befristet wurden 15 Lehren

Sodann sprach Schulrat Wilmann der Lehrerschaft seinen wärmsten Dank aus für die mühevollen und zeitraubende Tätigkeit in allen Zweigen der Sammelstätigkeit. Im Anschluß daran berichtete Hauptlehrer Haug-Emsmühl über den Liebenzeller Volkshochschulkurs. Den Angaben über die Schülerzahl ist zu entnehmen, daß die Gesamtschülerzahl im Bezirk 7717 beträgt, 3820 Knaben und 3897 Mädchen, was gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme um 241 Schüler bedeutet, wie denn überhaupt seit 3 Jahren ein stetiger Rückgang zu beobachten ist. Da gilt es namentlich der Säuglingspflege erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, und so ist im Bezirk Neuenbürg auf 1. Okt. die Anstellung einer Bezirkspflege zu erwarten, über deren Aufgaben Stefan Uhl-Neuenbürg sprach; Stefan Keller-Calw bemerkte, daß für das Oberamt Calw dasselbe geplant sei, nur solle dieselbe neben ihrer Tätigkeit in der Säuglingspflege sich auch mit Haushaltungs- und Kochkursen befassen können, wozu allerdings noch eine 2. Kraft als notwendig erscheine. Es wurde dann weiter gesprochen über Abteilungsunterricht, Schul-

hausunterricht, Schulreinigung, Unglücksverhütung, Anschaffungsmittel, Lichtbildapparate und deren ungeheure Bedeutung für den Unterricht, Kriegsschäden, Sammelstätigkeit. So wurden im Bezirk Neuenbürg 612 Btr. gebrochtes Laub gesammelt, und damit steht dieser Bezirk an der Spitze, was eine Miesenleistung bedeutet im Hinblick auf die verhältnismäßig kleine Zahl der Laubwälder. Ferner wurden gesammelt 2856 Mg. Nesselstengel und 12 Mg. Kesselfamen. Der Schwabendienst bittet die Schule jetzt noch um Sammlung von Frauenhaar und zerstreutem Heeresgut. Einquartierung, große Zahl der Versäumnisse, Arbeit der Kinder vor Beginn der Schule wirken nachteilig ein auf den Schulbetrieb, trotzdem konnte der Vorstehende feststellen, daß der Stand der Schule trotz aller Mängel und eingetretenen Hindernisse ein recht befriedigender sei. Ueberaus reformbedürftig sei der Unterricht an Fortbildungs- und Sonntagschule, namentlich für Mädchen sollte Hauswirtschaftslehre und Kochunterricht gegeben werden. Hierüber sprach Fräulein Vrobed-Liebenzell. Bücherwart und Rechnungsführer erstatteten Bericht über

die Schrecksengesellschaft, Rektor Bollmer sprach über Westfälische Kunde und Oberlehrer Ruppert-Conweiler hielt einen tiefgründigen, überaus fesselnden und mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Moralphädagogik Fr. W. Försters, an den sich eine lebhafteste Debatte anschloß. Nachher vereinigten sich die Teilnehmer im Gasthof zur „Sonne“. Mit Musik hatte morgens die Bezirksschulversammlung begonnen. 3 herrliche Chöre unter Rektor Bollmer's bewährter Leitung hatten einen stimmungsvollen Auftakt gegeben, mit Musik schloß die Versammlung, Meisterschände brachten herrliche Klavierstücke zu volendetem Vortrag. Möge die nächste Bezirksschulversammlung unter günstigeren politischen Verhältnissen tagen als die des Jahres 1919!

Naturnaheliches Wetter am Freitag und Samstag.
Süddeutschland bleibt vorerst im Bereich des Hochdrucks, so daß am Freitag und Samstag nach wie vor sehr warmes, heiteres Wetter, jedoch bei zunehmenden Gewittern zu erwarten ist.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Blöschlagerschen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Versorgung.
Die auf Buttermarke 3 bestellte Butter kann gekauft werden.

Amtsgericht Calw. Urteil.

In der Strafsache gegen den am 23. September 1879 in Stuttgart-Berg geborenen, in Maysbach wohnhaften verheirateten Geschirrhändler

Wilhelm Vermauseber
wegen Unterschlagung, hat das Amtsgericht Calw am 7. Juni 1919 durch den Amtsrichter Votteler für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird unter Aufhebung des Strafbefehls des Amtsgerichts Calw vom 1. November 1918 von der Anschuldbildung eines Vergehens der Unterschlagung zum Nachteil des Webers Friedrich Epple in Weilderstadt unter Uebernahme der Kosten des Verfahrens auf die Staatskasse

freigesprochen.

Die Aufhebung des Strafbefehls ist durch je einmalige Einrückung des Urteilsstenors im „Calwer Tagblatt“, im „Wochenblatt für Weilderstadt und Umgebung“ und in der „Spf- und Saagzeitung“ auf Staatskosten öffentlich bekannt zu machen. Veröffentlicht unter Bescheinigung der Rechtskraft.

Den 19. Juni 1919.

Amtsgerichtssekretär Pfizenmaier.

Landw. Ortsverein Calw.
Tulleracme Gegenden müssen

Nutzvieh absetzen

und bitte ich die Mitglieder, welche Liebhaber von solchem sind, oder welche

abgängiges Vieh dagegen abzugeben haben, bis Samstag Vormittag um Mitteilung über wie viel Stück eventuell zu kaufen und wie viel abzugeben gewünscht werden. Calw, den 19. Juni 1919.

Obmann: Dettinger, Calw.

Auslands-Ware eingetroffen:

Kleider und Schurzzeuge, Satin für Schürze, Jarella, Hemdflanell, Futter-Barchent, Hemdentuch.

Neu mollene Costüm-Stoffe in blau und schwarz empfiehlt

Franz Schoentlen.

Das Geschäft ist wieder täglich geöffnet.

Liebenzell.

Fahrnis-Versteigerung.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Freitag, den 19. Juni, nachmittags von 1/2 Uhr an im Hinterhause der Frau Bodamer gegen Barzahlung:

- 1-söbner grüner Plüsch-Divan, 1 vollständiges Bett mit Koff (Capokmatratze), 1 gelbe und 1 ältere Bettlade mit Koff und Matratze, 1 großer eisener und 1 gelber Kasten, 1 lackiertes Wasch- und 1 kleine Tischchen, 4 Rohr- und andere Stühle, 1 Wirtschaftstisch, 1 eigene Kinderbettlade, 1 eigenes Nachttischchen, 2 Kleiderständer, 1 Kücheregal, 1 großer Bügeltisch, 1 Galerie, 2 schöne Spiegel, verschiedene porzellanene Waschkücheln, einige Tischtücher, 1 eiserner Herd, Zettelheften, sowie Verschiedenes.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadtinpenierere Kolb.

Lichtspieltheater. Voranzeige!

Nur zwei Tage Sonntag und Montag:

Wenn Herzen scheiden!

Erster ausländischer Kunstfilm.

Näheres folgt.

Mähmaschinen, Mähmesser,

Schleifsteine, Futterschneidmaschinen, Zentrifugen,

Trierer Sämaschinen, Sensen, Sichel, Sensenringe,

Rümpfe, Wörbe, Gabelstiele

in großer Auswahl empfiehlt

G. Roller, Teinach,
Maschinen-Werkstätte.

Reparaturen an Haarspangen

sowie allen Celluloidwaren

werden innerhalb 24 Stunden bei billigster Berechnung ausgeführt im

Friseur-Geschäft für Damen und Herren

Richard Schulz, Bad Liebenzell.



Ein kupferner **Badofen,**

noch neu, hat zu verkaufen **W. Spörr, Hirsau.**

6 junge Enten

verkauft **Wilhelm Walz, Ottenbronn.**

Althengstett. Unterzeichneter setzt 2 schöne

Zucht-**Kinder**

5 und 8 Monate alt, dem Verkauf aus.

Jacob Nonnenmann.

Sch empfehle: Ausländ. Toilettecreme, ausländ. S.-Schokolade, Kaffee-Ersatz, Haar-Öl, Bodenwische, prima Wagenseil, Feuerzeuge, Haarwein, Mottenkämpfer, Blumen-dünger sowie **Etters Kunstmist** (10 Liter geben 200 Liter Mist). **Friederike Pfeiffer, Bortstadt.**

3 Öpfe, Haararbeiten

aller Art werden angefertigt bei **Karl Genthner, Friseur-geschäft, Bad Liebenzell.**

Handwerkshammer Reutlingen.

Wir berufen auf Samstag, den 21. Juni, nachmittags 3 Uhr in die Brauerei Dreiß in Calw eine

Bauhandwerker-Versammlung,

in welcher der stellvertretende Geschäftsführer der Handwerkskammer Sekretär **Eberhardt** aus Reutlingen einen

Vortrag

halten wird über **den beruflichen Zusammen-schluß des Handwerks.**

Wir laden zu dieser überaus wichtigen Versammlung die selbständigen Bauhandwerksmeister des Oberamts Calw, insbesondere die Gipser, Glaser, Maler, Maurer und Steinhauer, Schlosser und Zimmerer höflich ein und erwarten zahlreiche Beteiligung.

* Für letztere Gewerbe sollten im Anschluß die Innungs-gründungen stattfinden.

Der Vorstand der Handwerkskammer!

Vorsitzender **K. Bollmer.**

Syndikus **A. Hermann.** Stellvertreter **Eberhardt.**

Besserer Herr sucht **Mittag- und Abendtisch**

oder Zimmer mit ganzer Pension. Angebote mit Preisangabe unter St. 41 an die Gesch. d. Bl.

Eine polierte und eine lackierte

Kinderbettlade

verkauft **Schreinermeister Schäuble**

3 Steinhauer

finden sofort Beschäftigung bei **Gottlieb Pfeiffer, Bauunternehmer, Calw.**

Gesucht auf sofort oder 1. Juli in gutes Haus, bei hohem Lohn ein durchaus zuverlässiges, solides

Mädchen

für Küche u. Haus. Kochen erwünscht, aber nicht Bedingung. **Frau Sofie Bärentau, Bruchsal (Baden) Haus Heimfriede.**

Auf 1. Juli jüngeres, fleiß

Mädchen

bei guter Behandlung gesucht. Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Monatsstelle.

Junges Mädchen

täglich vormittags für Hausarbeiten gesucht. **Frau Ing. Preußger, Bischoffstraße 453.**

Lichtige geübte

Strickerinnen

bei hohem Lohn zu sofortig. Eintritt gesucht. Ebendasselbst werden noch

einige Mädchen zum Anlernen eingestellt **Eder & Wegel, Strickwarenfabrik, Hirsau.**

Wo kauft der Landwirt seine Maschinen?
Grosses Lager. Fachmännische Bedienung. Eigene Reparaturwerkstätte. Besichtigen die das Lager. Nennen Sie Preise ein.

in der **Maschinenhandlung**

Max Zucker, Telefon 41

Weilderstadt